

Medienmitteilung

Menschen auf der Flucht – eine Herausforderung für das Gesundheitssystem

Die diesjährige Swiss Public Health Conference hat sich mit der Gesundheit von Flüchtlingen befasst. Am 15. November 2016 wurden in Bern die Herausforderungen diskutiert sowie Massnahmen und Konzepte bezüglich der Flüchtlingsthematik aufgezeigt.

Bundesrat Alain Berset sagte bei der Eröffnung der diesjährigen Swiss Public Health Conference, das Gesundheitssystem der Schweiz beruhe auf dem Grundprinzip der Offenheit und Solidarität: „Es muss den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen gerecht werden.“ Menschen, die in der Schweiz Asyl suchen, seien oft gesundheitlich besonders verletzlich. Dass der Druck in den kommenden Jahren nicht abnehmen wird, wurde schnell klar: Laut Mario Gattiker, Staatssekretär für Migration, ist weiterhin mit einer hohen Anzahl von Flüchtlingen zu rechnen. Weder in Syrien noch im Irak oder Afrika zeichnen sich schnelle Lösungen ab.

Stimmen die Rahmenbedingungen?

Der Berner Regierungsrat Hans-Jürg Käser sowie Daniel Koch vom Bundesamt für Gesundheit BAG verwiesen vor diesem Hintergrund auf die Wichtigkeit der Asylreform, die an der Abstimmung vom 5. Juni 2016 vom Volk angenommen worden ist: Asylverfahren sollen einerseits schneller abgewickelt werden, und andererseits soll den hier lebenden Flüchtlingen ein schneller Zugang zum Gesundheitssystem gewährt werden. „Die gesundheitliche Versorgung muss in der Schweiz integriert geschehen“, sagt Daniel Koch mit Verweis auf das Vorgehen im vergangenen Jahrhundert: Flüchtlinge und Gastarbeiter wurden damals an der Schweizer Grenze untersucht und bei gesundheitlichen Risiken sogleich zurück geschickt. Das Bundesamt für Gesundheit BAG und das Staatssekretariat für Migration arbeiten heute eng zusammen, um die entsprechende Versorgung in der Schweiz gewährleisten zu können.

Tuberkulose-Epidemie in der Schweiz?

Und diese betrifft durchaus auch Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Müssen wir in Zukunft in der Schweiz mit Epidemien rechnen, die von den Migrantinnen und Migranten eingeschleppt werden? „Nein“, versichert Daniel Koch. „Das ist ein Mythos! Für die Schweizer Bevölkerung besteht keine Gefahr.“

Die Ausgangslage sieht überdies je nach Herkunftsland sehr unterschiedlich aus. Syrien, aus dem die zweitgrösste Flüchtlingsgruppe in der Schweiz stammt, verfügte vor dem Krieg über ein funktionierendes Gesundheitssystem. So sind zum Beispiel syrische Flüchtlinge üblicherweise geimpft. In Eritrea hingegen ist in weiten Landesteilen eine grundlegende medizinische Versorgung nicht ausreichend gesichert. Somit waren eritreische Flüchtlinge, aktuell die grösste Flüchtlingsgruppe in der Schweiz, oft bereits im Heimatland unterversorgt.

In einer soeben abgeschlossenen Studie konnte das Schweizerische Tropen- und Public-Health-Institut Basel zeigen, dass bei eritreischen Flüchtlingen nicht diagnostizierte und unbehandelte Wurmkrankheiten wie Schistosomen-Infektionen stark gehäuft vorkommen. Zudem wiesen praktisch alle Studienteilnehmenden einen signifikanten Vitamin D-Mangel und deutliche Zeichen eines Post-Traumatischen Belastungssyndroms auf. „Traumata erleben eritreische Flüchtlinge vor allem auf der Flucht, insbesondere während der Durchquerung von Sudan und Libyen“, erklärte Niklaus Labhardt vom Tropen- und Public-Health-Institut.

Grösste Herausforderung: Traumata

Klar wurde bei allen Referaten, dass somit nicht Infektionskrankheiten, sondern Traumata eine der grössten Herausforderungen an das Schweizer Gesundheitssystem darstellen. 40% aller Flüchtlinge sind Untersuchungen zufolge traumatisiert. „Ich muss immerzu weinen“, zitiert Oberärztin Anne-Emmanuelle Ambresin vom Centre hospitalier universitaire vaudois CHUV ihre kleinen Patientinnen und Patienten. „Ich kann nichts essen. Ich kann nachts vor Angst nicht schlafen.“

Ambresin kümmert sich um Kinder und Jugendliche, darunter auch viele unbegleitete Minderjährige. „Solange sie nicht volljährig sind, muss ihnen die Schweiz Schutz gewähren“, sagt sie. „Kaum haben sie jedoch das 18. Altersjahr vollendet, werden sie wie Erwachsene behandelt: Das heisst, sie müssen die Schweiz nicht selten sofort verlassen, ohne oder mit einer abgebrochenen Ausbildung.“ Ambresin plädiert daher dafür, dass Jugendliche eine Ausbildung abschliessen können, bevor sie die Schweiz verlassen müssen.

Ist die Schweiz vorbereitet?

Eine der wichtigsten Fragen der Konferenz lautete, ob die Schweiz als Ankunftsland auf die Flüchtlinge mit ihren gesundheitlichen Bedürfnissen vorbereitet ist. Die Antworten dazu fielen gemischt aus: „Es fehlen Daten“, sagt beispielsweise Nicole Ritz, Oberärztin am Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB. „Wir können kaum evidenzbasierte Empfehlungen formulieren. Die Versorgung von Flüchtlingen bleibt daher anspruchsvoll.“

Auch die Kommunikation stellt eine Herausforderung dar: Aufgrund von Sprachbarrieren und kulturell bedingten Hemmschwellen haben Migrantinnen und Migranten oftmals Schwierigkeiten, sich im Schweizer Gesundheitssystem zurecht zu finden. Unser Gesundheitswesen kann nicht genügend flexibel auf die Diversität reagieren. Dass das Integrationsangebot oft nicht den Ressourcen der Flüchtlinge angepasst ist, bestätigt auch Fana Asefaw, Oberärztin am Zentrum für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie in Littenheid: „Die notfallmässige Einweisung jugendlicher Flüchtlinge in psychiatrischen Kliniken nimmt in der Schweiz zu. Einer der Gründe ist, dass Symptome häufig falsch diagnostiziert werden, vor dem Hintergrund unterschiedlicher Krankheitsverständnisse und Therapievorstellungen. Kostentechnisch und therapeutisch wirksamer wäre der Einbezug von Übersetzern und Kulturvermittlerinnen.“ Mehrere Referentinnen und Referenten unterstrichen die Wichtigkeit von interkulturellem Dolmetschen. Zwar wird in der Schweiz seit Jahren ein innovativer telefonischer Dolmetscherservice in mehreren Sprachen angeboten, die Frage der Finanzierung ist aber noch nicht gelöst.

Osman Besic vom Schweizerischen Roten Kreuz sagt, dass unter solchen Rahmenbedingungen die Qualität der Versorgung kaum sichergestellt werden kann. „Ohne Einsatz von interkulturellem Dolmetschen müssen häufig gravierende Einbussen in der Qualität der Gesundheitsversorgung hingenommen werden“, warnt er. „Sprachbarrieren behindern die medizinische Betreuung, erschweren therapeutische Erfolge und gefährden die Patientensicherheit. Jede Patientin und jeder Patient hat einen Anspruch auf qualitativ gute Behandlung, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Herkunft.“

Was es dabei nicht zu vergessen gilt: Nicht nur Migrantinnen und Migranten, sondern auch vulnerable Schweizer Bevölkerungsgruppen profitieren von Verbesserungen im Schweizer Gesundheitssystem.

Die Swiss Public Health Conference wird jedes Jahr gemeinsam von Public Health Schweiz und der Swiss School of Public Health SSPH+ organisiert. Die nächste Konferenz findet vom 22.-23. November 2017 in Basel zum Thema „Personalisierte Gesundheit aus Public-Health-Perspektive“ statt.

Kontakte für Fragen

Corina Wirth, Geschäftsführerin Public Health Schweiz, Tel. 031 389 92 74